Bezugs-Preis

Nr. Abonnements und Bezugsgebühren durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1278.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 70 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Gefertigte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Hauptfiliale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 120. Mittwoch 1. Mai 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser trifft heute wieder in Berlin ein. (S. Dtsch. R.)

* Die Verhandlungen im Polenbankprozeß endeten mit der Freisprechung der Angeklagten. (S. Gerichtsaal.)

* Die Königin-Witwe Carola von Sachsen hat gestern Les Pins verlassen und über Mailand die Heimreise nach Dresden angetreten.

* In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem „Reichsanzeiger" zufolge dem Entwurf des Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten die Zustimmung erteilt.

* Im Reichstag begann gestern die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung über die auswärtige Lage, wobei nach den Abgg. Hertling, Winkler, Bassermann, Fürst Hatzfeld und Wiemer der Reichskanzler das Wort ergriff. (S. Art. u. Parlamentsbericht).

* Die Budgetkommission des Reichstages behandelte gestern den Marine-Etat. (S. Dtsch. R.)

* Die Duma hat das geforderte Rekruten-Kontingent nach zweitägiger lebhafter Debatte mit 193 gegen 123 Stimmen angenommen. (S. Ausl.)

* In Guatemala ist ein angeblich erfolgloses Bomben-Attentat auf den Präsidenten Cabrera versucht worden. (S. Ausl.)

* Der Wakfi-Minister Turchan Pascha wurde zum ersten türkischen Delegierten auf der Haager Konferenz ernannt. (S. Ausl.)

Die auswärtige Lage.

Die Nachricht vom Beginn der Etatsdebatte über das Auswärtige Amt im Reichstag hatte einen beängstigenden Andrang zu den Tribünen zur Folge. Wirkliche Geheime Rätinnen und lebendige Hofdamen mußten in stehender Pein und schlechter Luft ihren Ausflug ins Politische büßen. Die Spannung war so groß, daß sogar die Hofloge bis auf den letzten Platz gefüllt war. Prinz Christian von Schleswig-Holstein und gewissermaßen als persönlicher Delegierter des Kaisers, der General v. Heyden-Linden, auch der Kommandeur der Leib-Gardehusaren von Chelius figurieren als politische Amateure, während unten an den Bundesratstischen so ziemlich die ganze zentralamtliche Reichsintelligenz versammelt ist. Fürst Bülow, der ein wenig matt aussieht sitzt vorläufig apathisch auf seinem Eckplatz. v. Posadowsky, v. Tschirschky, Dernburg, Frhr. v. Stengel schließen sich an. Hinter ihnen sitzen die Geheimräte des Auswärtigen Amts, auf der anderen Seite die Vertreter der übrigen Bundesstaaten.

Freiherr v. Hertling, der Zentrumsdiplomat, beginnt den Reigen und spricht wie immer elegant. Seine Erklärung, das Zentrum beabsichtige nicht, während einer Beratung der auswärtigen Politik innere Krisen auszutragen, wird gut aufgenommen. Auch die vom Zentrum eingebrachte Resolution Hompesch auf periodische Vorlegung urkundlichen Materials über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches zur Information des Reichstages findet viel Anklang und hat eine ganz sichere Majorität. Dann sprach namens der Konservativen Herr Winckler, der wohl die farbloseste Rede des Tages hielt und sehr bald von Bassermann abgelöst wurde.

Hier muß eingeschaltet werden: der Tag brachte ein überraschendes Intermezzo Bülow-Bassermann, eine politische Pikanterie, die vorläufig nur verstanden, aber noch nicht gewürdigt werden kann. Bassermann hat bekanntlich vor einigen Wochen in Magdeburg eine Rede gehalten, die der Situation entsprechend nicht eben allzu rosig-friedlich klang. Sicher ist sie von dem nationalliberalen Führer als Stütze der Reichs- und insbesondere der Kanzlerpolitik gedacht gewesen. An diese Rede knüpften sich später noch einige Offenherzigkeiten des nationalliberalen Vizepräsidenten des Reichstags. Und jetzt nahm sie der Kanzler zum Anlaß, um sich mit einem Witz über manche Vorwürfe des letzten Jahres hinwegzusetzen, und zwar mit einem Witz auf Kosten Bassermanns. Bassermann hatte davon gesprochen, daß wir nun wohl endlich aus der gefährlichen Periode der Vielrederei heraus seien, — und Bülow sagte, er stimme mit dem Abg. Bassermann in der Beurteilung der Schädlichkeit des Vielredens durchaus überein. Lag hierin mehr als eine gelegentliche kleine Bosheit? Schade ist es, daß Bassermann vor dem Reichskanzler gesprochen hat, sonst hätte man vielleicht manches von Interesse hören und schließen können. So aber blieb naturgemäß die Parade aus, und die tiefere Bedeutung des Vorgangs kann vorläufig nur vermutet werden, umsomehr, als Bassermann selbst zunächst völlig überrascht war.

Jedenfalls bot seine Rede nicht den geringsten Anlaß zu einer Erregung des Kanzlers. Sie war vielmehr durchweg auf das Bedürfnis der offiziellen Geschäftsführung zugeschnitten und überaus vorsichtig, so daß sie vieles nur andeutete und auf eigene große Wirkung absichtlich verzichtete. Die Redner aller Parteien — nach Bassermann sprachen noch Hatzfeld und Wiemer vor Bülow — schienen ihre Reden nur als pacemachend gedacht und stilisiert zu haben, und nur in einem Punkte machte man Schwierigkeiten, die sogar von den Freikonservativen nicht geschont wurden, man verlangte weniger Exklusivität bei der Besetzung der diplomatischen Posten. Im übrigen herrschte absolute Einigkeit in der Auffassung über die Möglichkeiten der Haager Konferenz und allseitige glatte Ablehnung einer Abrüstung auf fremdes Kommando.

Dieses so wohlgepflügte Feld hatte der Reichskanzler zu bestellen. Fürst Bülow war bei dieser Arbeit so eminent vorsichtig, wie er es noch nie im Reichstag gewesen ist. Auch seine Sprechweise — er hielt sich sorgfältig an seine Notizen — war wesentlich verschieden von dem sonstigen pronunzierten Ton, kurz: überall das Bestreben, lieber ein Dutzend Worte zu wenig, als ein halbes zu viel zu sagen. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß in dieser sicher von der Lage der Verhältnisse, von dem Ernst der Beziehungen bedingten peinlichen Sorgfalt und Zurückhaltung an sich ein recht prägnantes Charakteristikum der offiziellen Auffassung lag. Der Fürst ging sogar so weit, zu sagen: „Es gibt Situationen, in denen Reden gefährlich sind. Deshalb werde ich nur über ausgewählte Materien sprechen und soweit ich eine solche Besprechung für heilsam halte" — und dann sagte er eben allerhand anscheinend Beruhigendes, wobei viel von Sicherheit und Vertrauen die Rede war, ohne daß jedoch die Rede recht stimulierend in diesem Sinne gewirkt hätte. An der Debatte über die Abrüstung werden wir uns also nicht beteiligen, ohne jedoch die Erörterung der Frage als Grund anzusehen, der Haager Konferenz ganz fern zu bleiben. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß andere Mächte dieselbe Haltung einnehmen werden. (Auch Amerika?) Und sollte ein Resultat bei der Debatte herauskommen, so werden wir es sorgfältig prüfen. Der deutsche militärische Delegierte zur Haager Konferenz, der auf der Tribüne aufmerksam lauschte, weiß also Bescheid. Und sonst?

Fürst Bülow lehnte die Resolution Hompesch ab, indem er ihr stets einen viel weitergehenden Sinn zusprach, als sie hat. Es wird gar nicht alles Urkundenmaterial verlangt, sondern die Auswahl der Diskretion der Regierung überlassen. Die Zentrumsleute werden sich hoffentlich nicht von dem gesunden Vorsatz abbringen lassen, die auswärtige Politik fortdauernd auf Grund des urkundlichen Materials zu kontrollieren.

Nebenbei kündigte der Reichskanzler eine Rede Tschirschkys über die Beschwerden wegen der Organisation des diplomatischen Dienstes an und schloß mit der üblichen Versicherung: Wir sind entschlossen, unseren Frieden, unsere Ehre, unsere Machtstellung zu wahren, und wenn es nötig ist, auch zu verteidigen.

Als Gesamteindruck bleibt festzuhalten: Es sollte alles vermieden werden, was nach Aufreizung ausgesehen hätte, was von der Böswilligkeit gegen unsere friedlichen Absichten hätte verwendet werden können. Das war das leitende Prinzip der Bülowrede, und das ist auch gelungen. Die Rede selbst bekam dadurch natürlich nichts Fanfarenartiges, aber es darf doch auch festgestellt werden, daß der Eindruck vermieden wurde, als werde zum Rückzug geblasen. Möge das Ausland den richtigen Blick für diesen hochwichtigen parlamentarischen Vorgang haben, möge es aus der absichtlichen Gedämpftheit des Tones im Sprechen wie im Akklamieren keine falschen Schlüsse ziehen. An dem Tage, an dem die Situation die jetzt geübten Rücksichten überflüssig machen sollte, würde ein Sturm durch den Reichstag, durch das ganze Deutsche Reich brausen.

Zu den Landtagswahlen

erläßt der Landesausschuß des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen folgende programmatische Kundgebung:

Wie eine Befreiung aus unerträglichem Druck haben die Reichstagswahlen in unserem Sachsen gewirkt.

Die Lage.

Die Uebermacht der Sozialdemokratie ist gebrochen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, der seither zu ihr hielt, hat sich wieder auf den vaterländischen Gedanken besonnen und den Anschluß an das liberale Bürgertum gesucht und gefunden.

Die nationalliberale Partei hat in Sachsen bei den Reichstagswahlen, wie die Ergebnisse zeigen, im besonderen Maße das Volkvertrauen gefunden und dieses Vertrauen durch eine entschlossene nationale, liberal gerichtete Politik zu festigen, ist unsere Aufgabe.

Damit ist auch unsere Losung für die bevorstehenden Landtagswahlen gegeben.

Von den 82 Abgeordneten der Zweiten Kammer gehörten seither 54 der konservativen, 28 der nationalliberalen Partei an, 3 Abgeordnete zählen sich zur freisinnigen Volkspartei, 1 zur Reformpartei, 1 zur Sozialdemokratie.

Diese Zusammensetzung können wir weder als das richtige Bild des politischen Zustandes, noch der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes gelten lassen. In einem Lande, dessen Bevölkerung zu dreiviertel in Industrie, Handel und Gewerbe tätig ist, läßt sich das durch das Wahlgesetz und vor allem durch die Wahlkreiseinteilung geschaffene Ueberwiegen des konservativ-agrarischen Einflusses nicht rechtfertigen und nicht ohne Schaden für die Gesamtheit beibehalten.

Die Wahlreform.

Die Regierung hat die Berechtigung der Forderung nach einer gründlichen Neugestaltung des Wahlgesetzes schon lange anerkannt. Wir erwarten ihren Gesetzesvorschlag und werden, wenn er unseren Erwartungen entspricht, alle Kraft daran setzen, um endlich diese für unser Staatswesen wichtigste Aufgabe befriedigend zu lösen. Was wir fordern, ist nicht eine Bevorzugung eines wirtschaftlichen Standes, etwa der Industrie oder des Kapitals. Die nationalliberale Partei hat im Reichsparlament wie in der Landesvertretung genugsam gezeigt, daß sie die Bedeutung der Landwirtschaft und ihre Lebensfragen vollauf würdigt. Hier handelt es sich aber um die Notwendigkeit eines gerechten Ausgleiches. Hier handelt es sich vor allem darum, ein Wahlrecht zu schaffen, das allen Klassen der Bevölkerung gerecht wird und eben deshalb die Vorherrschaft einer Klasse verhütet. Wir fordern deshalb eine einfache, ungekünstelte Wahlkreiseinteilung, welche die jetzigen mit der Unterscheidung von städtischen und ländlichen Wahlkreisen verbundenen Ungleichheiten beseitigt, und als unerläßlichen Punkt die Wiedereinführung der direkten Wahl.

Reform der Ersten Kammer.

Der Wunsch nach einem gerechten Ausgleich des politischen Einflusses ist es auch, der uns bestimmt, bei der Forderung nach einer Reform der Ersten Kammer zu beharren. Der in der letzten Tagung des Landtages unternommene unzulängliche Versuch hat im Lande wie in der Kammer lebhaften Widerspruch hervorgerufen und ist daran gescheitert. Wir wünschen nicht mehr und nicht weniger, als daß auch in der Ersten Kammer neben dem berechtigten Einfluß des Grundbesitzes die für die wirtschaftlichen Verhältnisse heute entscheidende Industrie, wie Handel, Gewerbe, Schulwesen, Beamtenschaft und freie Berufe, eine ihrer Bedeutung angemessene, auf Gesetz und Wahl beruhende Vertretung erhalten.

Wirtschaftliche Aufgaben.

Wenn auch ein großer Teil der wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit in das Arbeitsbereich des Reichstages fällt, so halten wir doch darauf, daß unsere Staatsverwaltung wie die Landesgesetzgebung das Mögliche tun, um die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte zu fördern und Industrie, Handel und Gewerbe, wie Landwirtschaft, Mittelstand und Arbeiterschaft gleichermaßen mit ihrer Fürsorge zu bedenken. Ganz besonders wünschen wir, daß den zum Teil recht bedrängten mittelständischen Erwerbsschichten, soweit sich dies irgend mit dem Grundsatz des Gemeinwohls verträgt, hilfreiche Hand geleistet wird.

Bei dem Bestreben, nützliche Arbeit zu leisten, haben sich [illegible] Abgeordneten auch bei dem für so viele Unternehmungen ungemein wichtigen Wassergesetz bemüht, seine Bestimmungen möglichst den praktischen Bedürfnissen anzupassen, d. h. die Forderungen der Anlieger in Einklang zu bringen mit den Interessen der Allgemeinheit. Der Standpunkt ausgleichender Gerechtigkeit wird bei uns auch für die zu erwartende Neuregelung des Gemeindesteuerwesens maßgebend sein.

Für erforderlich halten wir eine, die jetzigen Grenzen und Beziehungen zwischen Justiz und Verwaltung neuordnende Umgestaltung des noch geltenden, aber veralteten Gesetzes vom Jahre 1835, wie sie aus unserer Mitte angeregt und von der Regierung auch zugesichert wurde.

Finanzlage und Beamtenfürsorge.

Die sächsischen Staatsfinanzen haben sich, dank gestiegener Einnahmen und sparsamer Verwaltung in erfreulichem Maße gebessert. So sehr wir nach wie vor mit einer vorsichtigen Behandlung des Staatshaushaltes einverstanden sind, erwarten wir doch, daß die in Aussicht gestellte Herabminderung der Einkommensteuer auf die früheren Sätze nicht verschoben wird. Wir hoffen auch, daß diese Maßregel durch dringend gewordene Verpflichtungen, wozu die Aufbesserung der Beamtengehälter, der Pensionen und Wohnungsgelder gehört, nicht verhindert wird. Die angekündigte Einführung des Dienstaltersstufensystems wurde von uns schon lange im Zusammenhang mit einer organischen Neuregelung des ganzen Besoldungswesens befürwortet. Bei der Neuregelung der Gehaltsverhältnisse wünschen wir insbesondere eine Berücksichtigung der Beamtenklassen, die, wie die der Eisenbahnassistenten im Vergleich zu den in gleicher Linie stehenden Reichsbeamten im Nachteile sind.

Verkehrswesen.

Im Verkehrswesen Sachsen auf die volle Höhe der Leistungsfähigkeit zu bringen, ist an sich und besonders den Anstrengungen der anderen Staaten gegenüber eine dringende Forderung. Das gilt in erster Linie für unsere Eisenbahnen, die mit ihren gesamten Einrichtungen, namentlich in der Erneuerung des Materials, nicht zurückbleiben dürfen. Eine Betriebsmittelgemeinschaft erscheint uns trotz aller Schwierigkeiten als das nächste anstrebenswerte Ziel, wogegen wir die Versuche, die Schiffahrt auf den Strömen entgegen der Reichsverfassung mit Abgaben zu belasten, nach wie vor entschieden zurückweisen.

Schulwesen.

Im Wesen der Zeit liegt es, daß die Anforderungen an die Schule steigen. Von selbst ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Vorbildung der Lehrer auf ihre Zweckmäßigkeit anzusehen und unter voller Wahrung der ethischen Ziele auf eine Reform des Unterrichts nach praktischen Gesichtspunkten zu bringen. Nicht mehr zeitgemäße Einrichtungen, wie die geistliche Schulaufsicht, sind zu beseitigen und die Disziplinarverhältnisse in einem dem Stande würdigen Sinne zu regeln. Die weitere Ausbildung des Fortbildungs- und Fachschulwesens betrachten wir als eines der zuverlässigsten Mittel zur Hebung des Handwerker- und Gewerbestandes.

Politische Unabhängigkeit.

Zu den grundsätzlichen Forderungen der nationalliberalen Partei gehört die Wahrung der geistigen und politischen Freiheit des Beamten- und Lehrerstandes. So selbstverständlich von dem Beamten die strengste Einhaltung seiner amtlichen Verpflichtungen gefordert werden muß, so richtig ist es auch, ihm als Staatsbürger das gleiche Maß von Meinungsfreiheit einzuräumen wie jedem anderen. Wir wollen keine Beamtenkaste, deren politisches Denken, Tun und Lassen vorschriftsmäßig geregelt ist.

Die Forderungen, die wir anläßlich der Landtagswahlen stellen, sind der Hauptsache nach schon lange ein wiederkehrender Bestandteil unserer Kundgebungen. Unser Stand[illegible] es nicht, wenn wir sie wiederholen müssen. Wir tu[illegible] um so größerem Nachdruck, als wir an unserem Prog[illegible] nichts zu revidieren haben. Unsere Forderungen sind ma[illegible] voll und darum erfüllbar, sie sind unerläßlich.

Auf zur Wahl!

An den Wählern ist es, sich zu entscheiden, ob sie durch ihre Stimme die Politik der positiven Arbeit fördern oder hemmen wollen. Sie fördern diese, wenn sie sich zu unserem Programm bekennen; sie hemmen diese, wenn sie sich in einer Zeit, die frische und entschlossene Reformen im liberalen Geiste verlangt, auf die Seite derer stellen, die Regierung und Parlament im alten Gleise festhalten wollen, sie hemmen sie erst recht, wenn sie sich zu einer staatsfeindlichen Politik bekennen, die nichts zu erzielen vermag, als eine Verschärfung der Gegensätze.

Treu zu Kaiser und Reich, König und Vaterland, erfüllt von der ernsten Verpflichtung, mit allen Kräften hinzuwirken auf die Erhaltung unserer nationalen Macht, des wirtschaftlichen Gedeihen des Landes, die Anbahnung sozialen Friedens und geistigen Fortschrittes, werben wir und an alle Landesgenossen, wes Standes sie sind, mit dem Aufruf zum Zusammenschluß unter der Losung:

Voran!

Deutsches Reich.

Leipzig, 1. Mai.

* Der Kaiser, der heute wieder von seiner Reise in Berlin zurückerwartet wird, hörte gestern auch in Straßburg die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, sowie des Generals der Kavallerie von Mosener und machte dann einen Spaziergang. Das Frühstück nahm er beim General von Mosener ein. — Der Kaiser ist um 3 Uhr 5 Min. nach Berlin abgereist. Der Kaiser war in offenem Automobil mit dem Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg zur Bahn gefahren, von dem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt. Zur Verabschiedung auf dem Bahnsteige waren erschienen Staatssekretär v. Köller, Kommandierender General Ritter Hentschel v. Gilgenheimb, General der Kavallerie v. Mosener und Polizeipräsident Ball. Die Ankunft in Berlin soll heute früh 7 Uhr 50 Min. auf dem Potsdamer Bahnhofe erfolgen.

* Die Budgetkommission des Reichstages erledigte in der gestrigen Sitzung den Etat von Kiautschau. Bei den einmaligen Ausgaben fragt Erzberger, ob die große Landbefestigung geplant sei. Staatssekretär Tirpitz erwidert, das liege durchaus nicht in der Absicht der Verwaltung, es handele sich nur um den nötigen Schutz gegen etwaige chinesische Aufstände. Unter keinen Umständen werde die Verwaltung weitergehen, als die Bewilligungen des Reichstags es gestatteten. Der Etat wurde unverändert genehmigt. Bei der nun folgenden Beratung des Marineetats fragt Leonhart, weshalb bei uns die Schiffsbauten 20 Prozent mehr kosten als in England. Der Staatssekretär antwortete, daß alle Marinen außer England teurer bauten. Die Engländer rechnen aber die Kosten der Munition und Probefahrten nicht mit; der Vergleich sei deshalb schwierig. Auch können die englischen Werften infolge der Auslandsbestellungen besser rentieren. Der Marineetat wird schließlich bis zu den einmaligen Ausgaben ausschließlich genehmigt.

h. Die Beförderungen in der Marine. Die vom Kaiser unterm 27. April angeordneten Beförderungen in der Marine sind außerordentlich umfangreich. Es wurden befördert: 2 Konteradmirale zu Vizeadmiralen, 3 Kapitäne zur See zu Konteradmiralen, 4 Fregattenkapitäne zu Kapitänen zur See, 5 Korvettenkapitäne zu Fregattenkapitänen, 12 Kapitänleutnants zu Korvettenkapitänen, 42 Oberleutnants zu Kapitänleutnants, 75 Leutnants zu Oberleutnants, 6 Marine-Oberingenieure zu Marine-Stabsingenieuren, 13 Marine-Ingenieure zu Marine-Oberingenieuren, 24 Marine-Ingenieuroberaspiranten zu Marine-Ingenieuren, sowie 1 Marine-Oberstabsarzt zum Marine-Generaloberarzt, 5 Marine-Stabsärzte zu Marine-Oberstabsärzten, 11 Marine-Oberassistenzärzte zu Marine-Stabsärzten und schließlich 9 Marine-Assistenzärzte zu Marine-Oberassistenzärzten. Der neue Vizeadmiral Hepe, Inspekteur des Torpedowesens, ist am 21. Dezember 1873 Leutnant zur See geworden, der neue Vizeadmiral v. Holtzendorff, Chef des I. Geschwaders der Hochseeflotte, erst am 17. Dezember 1874. Konteradmirale sind beide seit dem 27. Januar 1904. v. Holtzendorff ist bekanntlich II. Admiral des Kreuzergeschwaders in Ostasien gewesen. Als Kapitän zur See war Hepe Vorstand der militärischen Abteilung des Reichsmarineamts, v. Holtzendorff Oberwerftdirektor der Werft zu Danzig. v. Holtzendorff hat vordem den Panzer „Kurfürst Friedrich Wilhelm" kommandiert, Hepe ist Präses des Torpedo-Versuchskommandos und zugleich Kommandant des „Friedrich Karl" gewesen. Als jüngerer Kapitän zur See hat Hepe unter dem damaligen Divisionschef der Kreuzerdivision in Ostasien, Konteradmiral Tirpitz, das alte Panzerschiff „Kaiser" in Ostasien kommandiert, während v. Holtzendorff in der Charge als Korvettenkapitän (Fregattenkapitäne gab es damals noch nicht) Adjutant des kommandierenden Admirals v. Knorr beim Oberkommando der Marine war.

* Bei Neuregelung der Ruhegehälter der Reichsbeamten soll bekanntlich nach dem Regierungsentwurfe dem Gesetze nur insoweit rückwirkende Kraft verliehen werden, als es sich um Kriegsteilnehmer handelt. Demzufolge hat jetzt eine Anzahl von Reichspensionären an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der die zunehmende Notlage der unter den gleichen Teuerungsverhältnissen leidenden Pensionäre ausgeführt und beantragt wird, bei allen allgemeinen Gehaltserhöhungen auch die im Ruhestande lebenden Beamten entsprechend zu berücksichtigen und auch dem neuen Ruhegehaltsgesetz unbeschränkte rückwirkende Kraft zuzubilligen. Sollten sich diese Forderungen nicht durchführen lassen, dann sollten den im Ruhestande lebenden Beamten prozentuale Pensionszuschüsse gewährt werden. Unzweifelhaft wird man im Reichstage den vorgebrachten Wünschen Beachtung schenken. Andererseits stehen der allgemeinen Berücksichtigung trotz so großer Bedenken gegenüber, daß eine dahingehende Aenderung des Gesetzes kaum angängig sein dürfte. Dagegen dürfte zu empfehlen sein, den besonders bedürftigen Pensionären aus einem besonderen Unterstützungsfonds Zuschüsse zu gewähren.

SLUB
Wir führen Wissen.